

Janika Spannagel: Die Ambivalenz des Zweifels. Wissenschaftsfeindlichkeit als Gefahrenquelle für die liberale Ordnung

Die gesellschaftliche Bedeutung der Wissenschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten parallel zur Komplexität globaler Krisen und der Sehnsucht nach rationalen Lösungen stetig zugenommen. Diese Entwicklung löst jedoch auch Ängste und Vorbehalte aus und wird von Teilen der Bevölkerung kritisch bis feindselig betrachtet. Der Artikel nimmt dieses Phänomen der Wissenschaftsfeindlichkeit genauer in Augenschein. Er beleuchtet die Hintergründe und Spielarten entsprechender Positionen, unternimmt anhand aktueller Umfragedaten eine empirische Einordnung und diskutiert, welche Gefahren von wissenschaftsfeindlichen Einstellungen für die Wissenschaftsfreiheit und die liberale Ordnung ausgehen.

Katrin Kinzelbach: Universitäten in der Verantwortung. Wissenschaftsfreiheit in der akademischen Zusammenarbeit mit Partnern in autokratischen Staaten

Dieser Beitrag baut auf einem internationalen Workshop auf, der im November 2022 am Menschenrechtsforschungszentrum CHREN der FAU Erlangen-Nürnberg in Kooperation mit Kolleginnen vom King's College London organisiert wurde. Er befasst sich am Beispiel der Volksrepublik China mit grenzüberschreitender Repression sowie autokratischen Einflussversuchen auf Hochschulen in demokratischen Ländern und diskutiert menschenrechtsbasierte Antworten.

Alexandra Kaiser: Autoritäres Recht in Aktion. Verhaltenskodizes für chinesische Wissenschaftler:innen

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit dem Zusammenhang zwischen dem Rechtsstaat und der Wissenschaftsfreiheit. Der chinesische Parteistaat hat sich in der Reformära dem Prinzip „yifa zhiguo“ („den Staat mit Gesetzen leiten“) verschrieben und forciert den Aufbau eines „sozialistischen Rechtsstaats“. Der „sozialistische Rechtsstaat“ ist aber kein Rechtsstaat. Unter Präsident Xi Jinping beobachten wir eine Ära des rechtlichen Rückschritts und der Ausgestaltung von autoritärem Recht. Dieser Beitrag beschäftigt sich mit dem Merkmal von yifa zhiguo als Mittel zum individuellen Gehorsam. Anhand neuerer Verhaltenskodizes für Wissenschaftler*innen und Fallstudien analysiert der Beitrag, wie sich die Forderung nach individuellem Gehorsam auf die Wissenschaftsfreiheit auswirkt.

Lars Lott: Expert:innendaten in der internationalen Menschenrechtsforschung am Beispiel des Academic Freedom Index

Die international vergleichende Erfassung von Menschenrechtsverletzungen stellt Forschende weiterhin vor erhebliche Probleme. Um Aussagen über Entwicklungen über Zeit und zwischen verschiedenen geografischen Einheiten treffen zu können, bedarf es der systematischen Erfassung von Menschenrechtsverletzungen, die sog. Ereignisdaten und standards-based-Datensätze nicht bieten. Expert:innendaten stellen hier eine valide und verlässliche Alternative dar. Dieser Beitrag stellt den Varieties of Democracy (V-Dem)-Datensatz vor und erläutert anhand des Academic Freedom Index (AFI) die Vor- und Nachteile von Expert:innenbefragungsbasierten Erfassungen von Menschenrechtsverletzungen. Der AFI ist der weltweit erste Ansatz, der das Menschenrecht auf Wissenschaftsfreiheit systematisch und international vergleichend erfasst. Er dient in diesem Beitrag zur Illustration der Vorzüge des V-Dem-Datensatzes.

Klaus D. Beiter: Academic/Scientific Freedom? Or “New Freedom” (Neoliberalism)? – Rebuilding Moral Universities in the Light of the Rights to Education and Science of International Law

Universitäten sind vom Pfad der Tugend abgekommen. Die Wissenschaftsfreiheit oder akademische Freiheit, die in den Menschenrechten auf Bildung und Wissenschaft begründet ist, ist in vielen Ländern, auch vielen Demokratien, unter Druck geraten. Dies ist in erheblichem Maße Folge der Umsetzung neoliberaler Hochschul- und Forschungspolitik. Dieser Aufsatz stellt diese beiden Ansätze einander gegenüber und versucht, die Unterschiede zwischen neoliberaler und Menschenrechtsansatz im universitären Bereich herauszuarbeiten und zu erläutern. Kernthese dabei ist es, dass eine Wiederbegründung „ethisch agierender“, freier Universitäten auf der Grundlage der völkerrechtlichen Menschenrechte auf Bildung und Wissenschaft erfolgen muss, und zwar auf eine Art und Weise, welche die volle Tragweite dieser Rechte für Universitäten erkennt und widerspiegelt.

Marcellina Schmidt, Jan Tobias Polak, Angela Heucher, Lea Smidt und Lena Taube: Kann Entwicklungszusammenarbeit Menschenrechte stärken? Ergebnisse der Evaluierung des Menschenrechtsansatzes in der Privatsektor- und Finanzsystemevaluierung

Menschenrechtliche Standards und Prinzipien sind fester Bestandteil der deutschen Entwicklungspolitik. Sie sollen in allen Projekten der staatlichen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit verankert werden, die so Verletzungen von Menschenrechten vorbeugen und zur Stärkung von Menschenrechten in Partnerländern beitragen sollen. Ob dies in der Praxis erreicht wird, hat das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) für den Bereich der Privatsektor- und Finanzsystementwicklung untersucht. Die Ergebnisse der Evaluierung zeigen, dass Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit häufig den Boden für die schrittweise Verwirklichung (progressive Realisierung) des Rechts auf Arbeit bereiten, indem Arbeitsplätze geschaffen werden. Allerdings tragen sie kaum dazu bei, gezielt und direkt gerechte und günstige Arbeitsbedingungen zu stärken.